



DRUCKVERSION

Zitat der Woche 4 - 2009

Wall Street – Egoismus wie im Wilden Westen

Ein Beispiel gibt die amerikanische Pionierzeit. In den Bergwerksstädten und Handelsstationen, wo oft ein ungezügelter Individualismus herrschte, waren Willkür und Gewalt an der Tagesordnung [...]. Diese Grenzsiedlungen mit ihren schwachen sozialen Bindungen, ihrer lockeren Moral und Habgier waren in vielfacher Hinsicht die Vorläufer der Wall Street der 1980er Jahre. Die Street wurde in jenem Jahrzehnt zu einer „Räuberhöhle“, zu einem Tummelplatz von Schurken, die glaubten, wenn sie ein paar Millionen mehr als andere verdienten, sei alles erlaubt. Diese egozentrische Erfolgsmentalität der Ich- Generation hat sich wie ein Ölfleck über weite Bereiche unserer Gesellschaft ausgebreitet (1). [...] Die Idee des Gemeinwohls oder öffentlichen Interesses, das die Vielfalt partikularer Interessen reguliert, nicht ersetzt, ist ausgehöhlt worden. [...] Unsere politischen Parteien mit ihren konkurrierenden Gemeinwohlkonzeptionen wurden weitgehend zur Seite gedrängt; im Zentrum des Geschehens stehen Tausende von Interessengruppen und ein Kongress, der ihnen tief verpflichtet ist. [...] All die Subventionen, Steuervergünstigungen, Sonderkredite und sonstigen Privilegien, die sie erhalten, reißen tiefe Löcher in den Staatshaushalt. Sie verteilen den Reichtum des Landes unter sich, saugen ihm das Mark aus und lassen wenig für die Projekte übrig, die dem Gemeinwohl dienen – also uns allen und unserer gemeinsamen Zukunft (2).

(1) Amitai Etzioni: Die Entdeckung des Gemeinwesens, Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Stuttgart 1995, S. 140.

(2) Ebd., S. 16-17.

Nachricht der Woche 4 – 2009

USA – Zuwanderung, Integration und Zivilgesellschaft

Seit ihrer Gründung sind die Vereinigten Staaten ein Einwanderungsland. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein kamen die Zuwanderer vor allem aus Europa, später auch verstärkt aus Asien und Lateinamerika. Deutsche wanderten vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts millionenfach in die USA ein. Deutsch-stämmige Amerikaner waren um 1900 die größte ethnische Minderheit in den damals führenden amerikanischen Großstädten New York und Chicago. In einigen Regionen bildeten sie zeitweise sogar die Mehrheit der Bevölkerung. Die lokalen Gemeinschaften dieser „German- Americans“ etablierten in ihren Siedlungsgebieten für die USA nicht nur neue Gewerbebezüge und Formen der

Landwirtschaft. Sie bewahrten auch ihre kulturellen Traditionen und organisierten eine politische Lobby für ihre Anliegen. Während des 1. Weltkriegs kam es zu massiven Konflikten zwischen der „German- American“- Lobby und der amerikanischen Politik. Die Folge war eine intensive Diskussion um die „Amerikanisierung“ von (nicht nur deutschstämmigen) Zuwanderern und ein stärkerer Druck zur Assimilation. Seit dieser Zeit, in der die USA zugleich eine neue Welle der Einwanderung aus Südeuropa, Osteuropa und Irland erlebten, gehören Zuwanderung und Integration zu den Schlüsselfragen amerikanischer Innenpolitik (1).

Im Zentrum der gegenwärtigen Integrationsdebatte in den USA steht die Zuwanderung aus Lateinamerika. Seit mehreren Jahrzehnten ist in den USA ein stetiger Zuwachs der hispanischen Bevölkerung zu verzeichnen: Ihr Anteil hat sich allein zwischen 1990 und 2000 mehr als verdoppelt und entsprach 2005 schon 14,5 Prozent der gesamten Bevölkerung. Aufgrund der anhaltenden Zuwanderung aus Lateinamerika und der im Vergleich zu anderen ethnischen Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlichen Geburtenneigung wird dieser Anteil künftig weiter zunehmen und die Hispanics damit im Süden der USA (New Mexico, Texas, Kalifornien) zur größten Bevölkerungsgruppe werden (2). Besorgniserregend ist das Wachstum der hispanischen Bevölkerung vor allem für die Anhänger des „Anglo- Saxonism“: Aus ihrer Sicht bedroht die „Hispanisierung“ die amerikanische „Identität“, die sie durch Englisch als Sprache, die „angelsächsische“ Kultur und eine „protestantische“ (Arbeits-)Ethik definiert sehen. Dieser Sichtweise widersprechen die Befürworter des „cultural pluralism“: Für sie besteht die Identität der USA gerade in ihrer ethnischen und kulturellen Vielfalt als zeitgenössischer „Regenbogengesellschaft“. Eine vermittelnde Position zu Fragen der Zuwanderung und der Integration nehmen die „Kommunitaristen“ und die „Sozialkonservativen“ in den USA ein: Sie sehen in einer unzureichenden Integration von Zuwanderern Gefahren für den sozialen Frieden. Zugleich erkennen sie in der für Migranten oft typischen Gemeinschaftsbildung auch eine Chance, diesen Gefahren begegnen und Neueinwanderer integrieren zu können (3).

Wichtige Voraussetzungen für Integration und Gemeinschaftsbildung – nicht nur von Migranten – sehen die Sozialkonservativen in intakten Familien, Nachbarschaften und nicht zuletzt auch in Kirchengemeinden. Diese Ideen haben Eingang in die praktische Politik gefunden: Unbeschadet der konstitutionellen Trennung von Staat und Kirchen unterstützt die US- Regierung seit den 90er Jahren sogenannte „Faith- based- Initiatives“. Religiöse Organisationen können seitdem für soziale Aufgaben, die sie anstelle des Staates wahrnehmen, finanzielle Hilfen der Regierung bekommen. Diese „kommunitaristische“ Sozialpolitik wird von einer großen Mehrheit demokratischer Wähler befürwortet. Populär ist diese Politik nicht zuletzt auch bei afro- amerikanischen Kirchengemeinden, die sich bisher bei der Zuteilung staatlicher Fördergelder benachteiligt fühlten (4). Auch unter Barack Obama dürften religiöse Wohlfahrtsorganisationen deshalb weiterhin von der US- Regierung gefördert werden.

(1) Siehe hierzu: Allan C. Carlson: The „American Way“. Family and Community in the Shaping of American identity, Wilmington, DE 2003, S. 17-37.

(2) Vgl.: Hubert Silberhorn: „One Party Country“ USA? Zur strukturellen Dominanz der Republikaner, S. 135-156, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1-2008, S. 136; Abbildung unten „Kinderzahlen in den USA nach Ethnie“.

(3) Vgl.: Allan C. Carlson: The „American Way“, op.cit., S. X-XI und S. 159-162 sowie Amitai Etzioni: Die Entdeckung des Gemeinwesens, Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Stuttgart 1995, S. 159-162.

(4) Vgl.: Hubert Silberhorn: „One Party Country“ USA? op.cit., S. 140 ff.

